

# Sieben verlorene Jahre

Eine Bilanz der Umsetzung  
der Agenda 2010 für Sachsen

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

# Inhalt

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>6</b>
2.1.	Ausgangspositionen	6
2.2.	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Sachsen	7
2.3.	Arbeitslosigkeit	9
2.3.1.	statistische Manipulationen	10
2.3.2.	Abwanderung aus Sachsen	11
2.3.3.	Pendlersaldo	13
2.3.4.	geringfügig Beschäftigte	13
2.3.5.	Frühverrentung	15
2.3.6.	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	16
2.3.7.	Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs)	16
2.3.8.	Kurzarbeit	17
2.3.9.	Leiharbeit	18
2.3.10.	Schwarzarbeit	19
<b>3.</b>	<b>Umsetzung der Hartz-Regelungen</b>	<b>20</b>
3.1.	Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	20
3.2.	Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder	21
3.3.	Alleinerziehende	23
3.4.	Aufstocker	24
3.5.	Sanktionen	25
<b>4.</b>	<b>Einkommens- und Armutsentwicklung</b>	<b>26</b>
4.1.	Einkommen der Erwerbstätigen	26
4.2.	Verbraucherpreise	28
4.3.	Rente	29
4.4.	Zunahme von Armut	31
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>33</b>

# Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

gut gemeint ist manchmal das Gegenteil von gut gemacht – ob es Ex-Bundeskanzler Schröder mit der Agenda 2010 mit den Arbeitslosen gut gemeint hat, möchte ich bezweifeln. Schlecht gemacht war das arbeitsmarktpolitische Großvorhaben von SPD und GRÜNEN auf jeden Fall: Massenarbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt, Armut breitete sich aus – gerade auch im Niedriglohnland Sachsen.

Deshalb ziehen wir als sächsische Fraktion DIE LINKE jetzt, da die Agenda-Zielmarke 2010 erreicht ist, Bilanz für unser Land. Dazu hat unser sozialpolitischer Sprecher Dr. Dietmar Pellmann eine Studie vorlegt, die das breit verstreute Datenmaterial bündelt und gesellschaftspolitische Trends auf den Punkt bringt. In einer Zeit, in der der Vizekanzler und FDP-Bundesvorsitzende massiv gegen Hartz-IV-Betroffene Stimmung macht, soll diese Studie einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.

Dass sich insbesondere Hartz IV als Herzstück der Agenda 2010 als Armut per Gesetz herausgestellt hat, überrascht nicht. Wir haben genau dies von Anfang an gesagt und wurden dafür von Vertretern anderer Parteien und Fraktionen, die nun inzwischen selbst erheblichen Nachbesserungsbedarf sehen, mit Beschimpfungen überzogen. Auch deshalb ist es höchste Zeit, die ganze Bandbreite der Auswirkungen der Agenda 2010 in den Mittelpunkt der landes- und bundespolitischen Debatte zu rücken.

DIE LINKE hat bereits die Fünf-Jahres-Bilanz von Hartz IV und die Hartz-IV-Urteile des Bundesverfassungsgerichts auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass bei grundsätzlichen politischen Weichenstellungen die Realität zur Kenntnis genommen wird. Auch dazu will diese Studie einen Beitrag leisten. Sachsen wird als größtes ostdeutsches Bundesland mit besonders niedrigen Löhnen, überdurchschnittlicher Kinderarmut, vielen strukturschwachen Regionen, starker Abwanderung junger Menschen und einem vergleichsweise hohem Altersdurchschnitt in den kommenden Jahren zum Prüfstein für Sozialreformen, die diesen Namen wirklich verdienen.

Ihr

**Dr. André Hahn**

Fraktionsvorsitzender

# 1. Einleitung

Am 14. März 2003 trat der damalige Bundeskanzler, Gerhard Schröder, vor den Deutschen Bundestag und gab unter dem Motto „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“<sup>(1)</sup> eine Regierungserklärung ab. Einer seiner ersten Sätze lautete: „Und wir müssen den Mut aufbringen, uns und unserem Land jetzt die Veränderungen zuzumuten, die notwendig sind, um es wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu führen.“<sup>(2)</sup>

Diese Rede hatte es wahrlich in sich und erwies sich hinsichtlich ihrer Fernwirkung als die wohl wichtigste während der Schröderschen Kanzlerschaft. Sie umriss ein Programm, das als Agenda 2010 in die Geschichte eingehen sollte: „Unsere Agenda 2010 enthält weitreichende Strukturreformen und bietet Anreize für Arbeit, Konsum und Investitionen. Sie wird helfen, Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu sichern und die Fundamente unserer Gesellschaft zu stärken.“<sup>(3)</sup>

## Wie kam es zur Agenda 2010?

Die Koalition aus SPD und Grünen hatte zwar die Bundestagswahl 2002 gerade noch einmal siegreich überstanden, sah sich nunmehr aber vor Herausforderungen, für deren Bewältigung sie eigentlich kein Konzept hatte. Die Zahl der Arbeitslosen war seit Anfang 2002 kräftig gestiegen und die Steuereinnahmen gingen zurück. Anstatt nun eine Reformstrategie im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu entwickeln, entschied sich die Regierungskoalition für einen gänzlich anderen Weg. Anstatt den Binnenmarkt zu stärken, wurde auf die Vorrangigkeit des Exports gesetzt. Anstatt einen flächendeckenden Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, sollten die Arbeitskosten um jeden Preis weiter gesenkt werden. Anstatt neue Arbeitsplätze durch ein tragfähiges Beschäftigungsprogramm zu schaffen, müsse der Arbeitsmarkt dereguliert werden. Anstatt durch eine wirkliche Reform der sozialen Sicherungssysteme die weitere Öffnung der Schere zwischen arm und reich zu verhindern, zielte die Agenda 2010 einerseits auf Steuergeschenke für Großunternehmen und Banken und andererseits auf die Aushöhlung sozialer Standards. Schließlich musste als Begründung für die Agenda 2010 ein konstruierter Konflikt zwischen den Generationen herhalten.<sup>(4)</sup>

**Die Agenda 2010 enthielt im Wesentlichen fünf Schwerpunkte:**

- 1. Wirtschaft und Arbeit**
- 2. Alterssicherung**
- 3. Gesundheitswesen**
- 4. Kommunalfinanzen**
- 5. Steuerreformen.**

Der von Gerhard Schröder am 14. März 2003 ins Auge gefasste Zeithorizont der Umsetzung der Agenda 2010 ist nunmehr erreicht, so dass eine Ergebnisbilanz notwendig und sinnvoll erscheint. Der Autor möchte zu dieser Bilanz einen Beitrag leisten. Er konzentriert sich dabei auf die Frage, was die Agenda 2010 für den Freistaat Sachsen gebracht hat – zu welchen Veränderungen sie führte. Dabei beleuchtet er insbesondere das Kernstück der Agenda 2010 – die Auswirkungen der arbeitsmarktpolitischen Veränderungen und die Umsetzung der Hartz-IV-Regelungen. <sup>(5)</sup>

Die von den sächsischen Parteien vertretenen Positionen zu den Ergebnissen der Agenda 2010 unterscheiden sich nur unwesentlich von denen der jeweiligen Bundesparteien. Die sächsische CDU hat die Agenda 2010 von Anfang an nicht nur begrüßt, sondern in einer Reihe von Punkten sogar zu ihrer Verschärfung beigetragen, so dass sie auch künftig keine grundsätzlichen Kursänderungen für notwendig hält. Gleiches gilt für die FDP, die allerdings seit ihrem Eintritt in die sächsische Landesregierung die Christdemokraten noch rechts zu überholen scheint. Die sächsische SPD stand die ganzen Jahre treu zur Agendapolitik. Erst seit ihrem Gang in die Opposition ist ein leichtes Abrücken von einigen besonderen sozialen Härten zu beobachten, ohne dass es bereits zu einer deutlichen Distanzierung vom Agendakurs gekommen wäre. Bei den Bündnisgrünen setzte dieses vorsichtige Abrücken schon früher ein und fiel zeitlich mit dem Gang in die Opposition auf Bundesebene zusammen. Trotz dieser Differenziertheit tragen all diese Parteien Verantwortung für das Zustandekommen und die Umsetzung der Agenda 2010.

Einzig DIE LINKE und nicht zuletzt ihre Fraktion im Sächsischen Landtag kann für sich in Anspruch nehmen, die Agenda 2010 von Anfang an bekämpft und ihr Scheitern vorhergesagt zu haben. Dies spiegelt sich über die sieben Jahre seit 2003 in einer Fülle parlamentarischer Initiativen wider. Es bleibt dabei: Die Umsetzung der Agenda 2010 hat keines der sozialen Probleme gelöst, vielmehr zur Vertiefung sozialer Konflikte und zum beträchtlichen Anwachsen von Armut geführt.

Die nachfolgende Darstellung stützt sich weitgehend auf Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, der Agentur für Arbeit sowie aus Drucksachen des Sächsischen Landtages, meist auf die Antworten der Staatsregierung auf die vom Autor eingereichten parlamentarischen Anfragen.

## **2. Arbeitsmarkt**

### **2.1. Ausgangspositionen**

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder forderte am 14. März 2003 „die Bedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung“ zu verbessern. Unter dem Stichwort der „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes, dem Kernstück der Agenda 2010, hieß das:

- erhebliche Veränderungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“,
- Aufwertung der Leiharbeit,
- Entlastung der Sozialabgabepflicht für Minijobs,
- Ausweitung der Möglichkeiten und der Zeitdauer für befristete Arbeitsverhältnisse,
- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie
- Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien für Beschäftigung.

Diese Veränderungen, mit deren Umsetzung teilweise schon vor 2003 begonnen worden war, markierten den tiefsten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Einschnitt seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Mehr noch: Sie bedeuteten einen Paradigmenwechsel vom Sozialstaatsprinzip hin zum vom Geist des Neoliberalismus diktierten Prinzip der gnadenlosen Verteilung von unten nach oben. In vollem Bewusstsein provozierte die damalige SPD-Führung, assistiert von ihrem Juniorpartner Bündnis 90/Die Grünen, einen Dauerkonflikt mit den Gewerkschaften, zugleich aber eine existenzielle Krise der Sozialdemokratie. Gerhard Schröder und der von ihm repräsentierte rechte Flügel der SPD handelten eindeutig im Interesse von Banken und Großkonzernen. Dass er dabei die volle Rückendeckung von CDU/CSU und FDP genoss, war nur logisch. Das wohl positivste Ergebnis dieser ersten Agenda-Jahre war die Etablierung der Partei DIE LINKE, was wesentlich zum Sturz der Schröder-Regierung beitrug, allerdings in der SPD nicht zu einer Kurs-

änderung führte. Vielmehr setzte sie nunmehr in der Großen Koalition die Agenda-Politik fort und erhielt dafür bei den Bundestagswahlen im September 2009 die verdiente Quittung.

## 2.2. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Sachsen

Sachsen startete nach 1990 mit den günstigsten wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen aller neuen Bundesländer. Hier konzentrierten sich fast 40 Prozent des produzierenden Gewerbes der DDR, keineswegs nur Unternehmen, die unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht lebensfähig gewesen wären. Es kam aber zu einer Deindustrialisierung größten Ausmaßes und zu einem damit verbundenen radikalen Beschäftigungsabbau. Dieser setzte bereits Ende 1989 ein und verstärkte sich mit der Währungsunion ab 1. Juli 1990 enorm. So dürfte die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen bis 1991 bereits um eine Viertelmillion gesunken sein. Wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht, schwächte sich dieser Rückgang erst allmählich ab.

**Tabelle 1**  
**Entwicklung der Erwerbstätigen in Sachsen und seinen drei Großstädten**  
 Angaben in 1.000 Personen <sup>(6)</sup>

Jahr	Sachsen	Chemnitz	Dresden	Leipzig
1991	2 250,3	197,4	291,6	305,3
1992	1 957,4	183,0	272,8	275,8
1993	1 897,4	179,3	272,7	263,0
1997	1 976,5	150,6	274,5	257,5
1999	1.982,3	150,6	274,6	262,7
2000	1 971,6	150,6	280,3	272,8
2002	1.916,3	147,3	286,7	271,0

Diese Übersicht ist insofern aufschlussreich, weil sie belegt: Der Freistaat Sachsen hat im Vergleich zum Jahr seiner Neukonstituierung etwa eine halbe Million Erwerbstätige verloren. Die Ursache dafür war fast ausschließlich die Abwanderung in die alten Bundesländer.

Prüfen wir nun, wie sich die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen seit der Verkündung der Agenda 2010 entwickelt hat.

**Tabelle 2**

**Entwicklung der Erwerbstätigen in Sachsen und seinen drei Großstädten von 2003 bis 2009**

Angaben in 1000 Personen <sup>(7)</sup>

Jahr	Sachsen	Chemnitz	Dresden	Leipzig
2003	1 907,4	145,0	288,3	274,0
2004	1 912,5	145,4	289,0	275,3
2005	1 894,8	143,4	289,1	275,3
2006	1 911,3	145,5	296,3	284,0
2007	1 940,5	147,2	304,0	288,4
2008	1 953,6	–	–	–
2009	1.936,5	–	–	–

Diese Übersicht belegt, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen in diesen Jahren im Wesentlichen stagnierte und es auch während des zwischenzeitlichen Konjunkturaufschwungs von 2006 bis 2008 zu keiner Trendänderung kam. Betrachtet man allerdings die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen, so ging die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe zwischen 2003 und 2009 um etwa 20.000 zurück; hingegen stieg sie im Dienstleistungsbereich um etwa 10.000. Im Jahr 2009, also im ersten Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise, sank die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen um 17.000 bzw. um ein Prozent.

Noch aufschlussreicher ist die Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen.

**Tabelle 3**

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Sachsen <sup>(8)</sup>**

Jahr	insgesamt	männlich	weiblich	je 1.000 Erwerbstätige
1996	1.677.874	909.254	768.620	540
1997	1.611.809	868.818	742.991	517

Jahr	insgesamt	männlich	weiblich	je 1.000 Erwerbstätige
1998	1.596.167	852.208	743.959	513
1999	1.589.521	847.644	741.877	514
2000	1.568.408	829.305	729.652	512
2001	1.531.566	761.564	715.276	505
2002	1.477.518	722.615	698.620	492
2003	1.445.521	711.295	683.730	487
2004	1.418.464	695.401	673.136	484
2005	1.379.030	671.834	660.606	477
2006	1.388.761	683.142	659.425	489
2007	1.419.355	702.873	670.441	509
2008	1.446.281	716.056	682.707	529

Seit 2003 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa 30.000 verringert. Selbst während des konjunkturellen Aufschwungs kam es kaum zu einem Anstieg. Von einer Belebung des Arbeitsmarktes durch Hartz IV, wie dessen Befürworter bis heute behaupten, kann daher überhaupt keine Rede sein. Das Bild trübt sich weiter ein, wenn die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten differenziert nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten aufgeschlüsselt wird. Darauf wird später noch näher eingegangen.

### 2.3. Arbeitslosigkeit

Es ist kaum möglich, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum einigermaßen seriös zu verfolgen. Zu oft wurden, insbesondere vor Bundestagswahlen, die statistischen Kriterien nach dem Prinzip geändert, wie man die Zahlen durch Herausmanipulierung ganzer Personengruppen schön könnte. Für die neuen Bundesländer, darunter Sachsen, kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu, der keinerlei Anlass für Jubelchöre wegen zwischenzeitlichem Sinken der Arbeitslosenquote erlaubt. Wäre es nämlich nicht zu einer derart dramatischen Abwanderungswelle gekommen, dann würden allein in Sachsen weitere 500.000 Arbeitsplätze fehlen. Insofern hat die Abwanderung, vor allem junger Frauen, die Arbeitslosenquote beträchtlich gesenkt.

Tabelle 4

**Entwicklung der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit in Sachsen <sup>(9)</sup>**

Jahr	Anzahl	Quote	Männer	Frauen
2000	387.868	17,0	184.134	203.734
2001	399.420	17,5	196.225	203.106
2002	405.349	17,8	204.445	200.905
2003	403.480	17,9	202.381	201.119
2004	396.328	17,8	199.324	197.004
2005	402.267	18,3	207.565	194.696
2006	371.909	17,0	187.373	184.529
2007	322.833	14,7	157.463	164.989
2008	279.560	12,8	139.467	140.093
2009	278.196	12,9	149.827	128.369

Obwohl die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in Sachsen im Vergleich zu 2002 beträchtlich zurück gegangen ist, wurde das mit der Agenda 2010 ausgegebene Ziel einer Halbierung der Arbeitslosenzahl weit verfehlt. Und eine genauere Betrachtung der Gründe für den Rückgang in den Jahren 2006 bis 2008 lässt die Mär vom Aufschwung am Arbeitsmarkt erheblich ins Trudeln geraten.

### 2.3.1. statistische Manipulationen

Die offizielle Statistik spiegelt das wirkliche Ausmaß von Arbeitslosigkeit in keiner Weise wider. Kam es am Ende der Ära Kohl, also vor den Bundestagswahlen 1998, zu einer beträchtlichen Aufstockung der Zahl von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, was die Arbeitslosenzahl kurzzeitig sinken ließ, gab es seitdem immer neue Einfälle zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ in zumindest zwei Richtungen. Einerseits wurde die Zahl dadurch reduziert, dass Arbeitssuchende vorzeitig in die Altersrente gingen oder „freiwillig“ auf Vermittlung verzichteten, weil sie keine Leistungsansprüche geltend machen konnten. Andererseits wurden ganze Personengruppen aus der offiziellen Statistik gestrichen. Das betrifft bis heute Langzeitarbeitslose im Alter von über 58 Jahren, Inhaber von 1-Euro-Jobs, Personen mit Minijobs sowie Arbeitssuchende in Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus hat in letzter Zeit die Kurzarbeit

und Teilzeitarbeit zugenommen, was sich ebenfalls korrigierend auf die Arbeitslosenstatistik auswirkte. Zu einer realitätsnahen Zahl von Arbeitslosen kommt man eigentlich erst dann, wenn alles auf Vollzeitstellen umgerechnet wird.

Bei alledem ist es nicht unkompliziert, das wirkliche Ausmaß von Arbeitslosigkeit zu beziffern, zumal stets auch von einer beträchtlichen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. **Dennoch kann einigermaßen verlässlich ausgesagt werden: Allein in Sachsen liegt die wirkliche Arbeitslosigkeit mindestens 30 Prozent über der offiziell angegebenen.** Dabei sind der Einfluss der Abwanderungen sowie das für Sachsen negative Pendlersaldo noch gar nicht berücksichtigt.

### 2.3.2. Abwanderung aus Sachsen

Erheblichen Einfluss auf den sächsischen Arbeitsmarkt hatte die dramatische Abnahme der Bevölkerung, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht:

**Tabelle 5**  
**Entwicklung der Bevölkerungszahl im Freistaat Sachsen jeweils zum 31. Dezember <sup>(10)</sup>**

Landkreis/Stadt	1990	1995	2000	2005	2008
Sachsen	4.775.914	4.566.603	4.425.581	4.273.754	4.192.801
Chemnitz	315.320	288.268	259.245	246.587	243.880
Erzgebirgskreis	456.788	434.001	417.201	393.225	377.245
Mittelsachsen	393.191	377.125	369.146	348.725	335.797
Vogtlandkreis	296.000	284.076	274.228	260.210	250.246
Zwickau	410.092	391.545	379.405	361.001	348.834
Dresden Stadt	511.270	495.424	477.807	495.181	512.234
Bautzen	389.199	374.309	363.677	342.712	328.990
Görlitz	367.115	343.077	323.025	297.785	248.790
Meißen	288.332	278.897	275.413	264.722	256.638
Sächs.Schweiz/ Osterzgebirge	274.614	269.580	272.640	262.082	255.459
Leipzig Stadt	557.341	519.710	493.208	502.651	515.469
Leipzig	280.546	279.426	290.518	279.458	271.863
Nordsachsen	236.106	231.165	230.067	219.415	211.356

Wird zudem berücksichtigt, dass die Bevölkerungszahl allein 1990 um 136.853 zurückging, so ergibt sich bis Ende 2008 ein Bevölkerungsverlust von 720.000 oder reichlich 15 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 1981 nahm die sächsische Bevölkerung gar um fast eine Million ab und erreicht gegenwärtig gerade einmal den Stand des Jahres 1900.

Abgesehen von den beiden Großstädten Dresden und Leipzig, die in den letzten Jahren einen Bevölkerungszuwachs hatten, verringerte sich ansonsten die Einwohnerzahl Sachsens von 2002 bis 2008 um 156.000. Deshalb kann man keineswegs davon ausgehen, dass im Prozess der Umsetzung der Agenda 2010 der Bevölkerungsrückgang in Sachsen gestoppt werden konnte oder gar eine Trendwende stattgefunden hätte. Dafür gab es mehrere Gründe. Ins Gewicht fiel der Sterbeüberschuss, aber eben auch das negative Wanderungssaldo. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 gab es in Sachsen fast 60.000 mehr Wegzüge als Zuzüge. Bei den Abgewanderten handelte es sich meist um jüngere Menschen, vor allem Frauen. Das hat erheblich zur Veränderung der Altersstruktur der sächsischen Bevölkerung beigetragen.

**Tabelle 6**  
**Entwicklung des Durchschnittsalters der sächsischen Bevölkerung <sup>(11)</sup>**

Jahr	Durchschnittsalter	Jugendquote	Altersquote
1990	39,4	28,2	23,9
1995	41,2	22,7	24,8
2000	42,9	18,1	27,0
2005	44,7	15,1	33,0
2008	45,7	16,7	37,1

In nicht einmal zwei Jahrzehnten hat das Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung um 6,3 Jahre zugenommen. Bei einer ausgewogenen Altersstruktur der Bevölkerung sollten Jugendquote und Altersquote im Wesentlichen auf gleichem Niveau sein, was 1990 noch der Fall war. Inzwischen ist die Altersquote mehr als doppelt so hoch wie die Jugendquote. So kurios es sein mag, hat diese Entwicklung allerdings zu einer erheblichen Entlastung des sächsischen Arbeitsmarktes geführt.

### 2.3.3. Pendlersaldo

Neben den Wanderungsverlusten hat Sachsen auch ein negatives Pendlersaldo. Per 30. Juni 2008 gab es 131.190 Auspendler aus Sachsen; dem gegenüber standen 86.672 Einpendler. Damit ergab sich ein Negativsaldo von 44.518. Dieser Personenkreis musste demnach nicht vom sächsischen Arbeitsmarkt bedient werden, hätte ansonsten zum weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahl im Freistaat geführt.

Mehr als 31.000 sächsische Auspendler waren im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, damit die größte Altersgruppe. Immerhin noch über 30.000 waren älter als 50 Jahre. Über 72.000 Auspendler übten eine berufliche Tätigkeit in den alten Bundesländern aus. Nur 11.780 sächsische Auspendler hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung; 17.700 konnten hingegen den Abschluss an einer Fachhochschule oder Universität nachweisen. <sup>(12)</sup>

### 2.3.4. geringfügig Beschäftigte und Niedriglohnsektor

In den letzten Jahren wuchs bundesweit die Zahl der geringfügig Beschäftigten erheblich an. So gab es im Juni 2008 in der gesamten Bundesrepublik lediglich noch 22,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte, 1,36 Millionen weniger als 2000. Etwa 5 Millionen Personen sind lediglich teilzeitbeschäftigt. Die Zahl der Minijobs wuchs seit 2002 um fast 30 Prozent auf mehr als 7 Millionen. <sup>(13)</sup>

Sachsen war im Vergleich zu den anderen Bundesländern das Land mit einem besonders hohen Anteil marginal Beschäftigter.

Tabelle 7

#### Entwicklung des Sektors der marginal Beschäftigten in Sachsen <sup>(14)</sup> in Tsd.

Jahr	Anzahl marginal Beschäftigter	Anteil an den Beschäftigten in %	Veränderungen zum Vorjahr in %
2003	225,5	13,2	–
2004	241,9	14,2	7,3
2005	250,4	14,9	3,5
2006	258,9	15,3	3,4
2007	252,9	14,7	-2,2
2008	248,2	14,3	-1,6

Es handelt sich dabei um jenen Personenkreis mit einem monatlichen Verdienst unterhalb von 400 Euro. Diese geringfügig Beschäftigten werden in der Statistik nicht als arbeitslos ausgewiesen. Sie können aber nicht ohne weiteres zur offiziellen Arbeitslosenzahl hinzu gerechnet werden, weil zu den geringfügig Beschäftigten auch Altersrentner oder Personen gehören, für die der Minijob zusätzlich zur normalen Tätigkeit ausgeübt wird. Manche haben, um existieren zu können, auch mehrere Minijobs. Nicht wenige Arbeitgeber ersetzen reguläre Arbeitsverhältnisse durch Minijobs, um so Lohnkosten und Beiträge zu den Sozialversicherungen zu sparen.

Zwischen 2003 und 2008 stieg in Sachsen die Zahl der Minijobs um 23.000, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück ging. Jeder dritte geringfügig Beschäftigte muss zusätzliche Leistungen des Arbeitslosengeldes II beantragen. Dass der Ausweitung des Minijobsektors Tür und Tor geöffnet wurde, geht auf seit 2003 geltende gesetzliche Regelungen zurück, wurde also von der damaligen Bundesregierung bewusst auf den Weg gebracht. DIE LINKE schließt sich der Forderung des DGB Sachsen an, diese Minijob-Regelungen umgehend wieder abzuschaffen.

Auf hohem Niveau verharnt in Sachsen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. Gab es 2005 noch 212.149 Teilzeitbeschäftigte, so waren es 2008 immer noch 210.811. Im Jahr 2000 lag die Zahl der Teilzeitbeschäftigten noch bei 200.000. <sup>(15)</sup>

Minijobs und Teilzeitbeschäftigung sind wesentliche Ursachen dafür, dass seit der Verkündung der Agenda 2010 auch in Sachsen der Niedriglohnsektor beträchtlich angewachsen ist. Niedriglohn ist dann gegeben, wenn weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohnes eines Landes verdient werden. Für die Bundesrepublik lag die Schwelle zum Niedriglohn im vergangenen Jahr bei 9,13 Euro pro Stunde. Danach wären über 40 Prozent der Beschäftigten in den neuen Bundesländern davon betroffen. In Westdeutschland sind es hingegen knapp 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, wenn DIE LINKE mittelfristig für die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro eintritt. Teilweise wird für die neuen Bundesländer eine gesonderte Niedriglohnschwelle ausgewiesen, die 2007 bei 7,18 Euro pro Stunde lag. Dieses Herangehen ist unredlich und widerspricht der Tatsache, dass die staatliche Einheit Deutschlands seit nunmehr fast 20 Jahren gegeben ist. Wie man es auch immer darstellt: Sachsen ist das Bundesland mit dem höchsten Niedriglohnsektor. Selbst nach der umstrittenen Sonderschwelle für Ostdeutschland liegt der Durchschnitt der

neuen Bundesländer bei 22 Prozent, in Sachsen jedoch über 26 Prozent. Das ist Beleg dafür, dass die Orientierung der Bundesregierungen auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch die Politik der CDU im Freistaat noch gewaltig verschärft wurde, ohne dass es dadurch zu einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum gekommen wäre. <sup>(16)</sup>

### 2.3.5. Frühverrentung

Der Bedarf an Arbeitsplätzen wäre weitaus höher, würden nicht viele Beschäftigte vor Erreichung des gesetzlichen Rentenalters in den Ruhestand gehen. In vielen Fällen erfolgt das nicht freiwillig. Das betrifft die Langzeitarbeitslosen, die das 63. Lebensjahr vollendet haben und in die Zwangsverrentung geschickt werden. Sie haben, wie alle anderen Frührentner (mit Ausnahme von anerkannt Schwerbehinderten) dauerhaft monatliche Rentenabschläge von 0,3 Prozent hinzunehmen.

**Tabelle 8**

**Anzahl der Personen, die in Sachsen vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Altersrente gingen <sup>(17)</sup>**

Jahr	insgesamt	darunter Frauen
2003	38.652	20.503
2004	37.875	20.206
2005	35.989	17.801
2006	26.688	13.666
2007	28.500	15.814

Dass die Zahl etwas zurück gegangen ist, aber dennoch auf hohem Niveau liegt, mag damit zusammenhängen, dass die Möglichkeit des früheren abschlagsfreien Eintritts in den Ruhestand erheblich eingeschränkt wurde. Dennoch belegen die Angaben, dass auch die Frühverrentung wesentlich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen hat. So gehen ostdeutsche Männer im Durchschnitt mit 63 Jahren in Altersrente; bei Frauen liegt der Wert sogar bei 61,7 Jahren. Offensichtlich wegen der höheren Arbeitslosenquote liegt das Renteneintrittsalter im Osten nach wie vor niedriger als im Westen. <sup>(18)</sup>

### 2.3.6. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde lange Zeit versucht, der Massenarbeitslosigkeit zumindest ein Beschäftigungsinstrument entgegen zu setzen. ABM waren aber meist nie das, was sie ursprünglich sein sollten – eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt. Gerade in den neuen Bundesländern wurde über sie lange Zeit die soziale Infrastruktur zu wesentlichen Teilen gestützt, anstatt hier vollwertige und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Tabelle 9

#### Teilnehmer an ABM in Sachsen <sup>(19)</sup>

Jahr	Zahl der Teilnehmer
2000	49.168
2001	41.029
2002	31.442
2003	22.009
2004	20.309
2005	17.719
2006	18.503
2007	15.866

Aus der Übersicht geht hervor, dass ABM immer weiter zurück gefahren wurden. Man glaubte, dass diese Form der Förderung angesichts des zwischenzeitlichen Wirtschaftsaufschwungs nicht mehr zeitgemäß und notwendig sei. Deshalb wurde auch geregelt, ab Januar 2009 für Langzeitarbeitslose überhaupt keine ABM mehr zu ermöglichen. Stattdessen sollte der Kommunal-Kombi wirken, ein allerdings sehr begrenztes Förderprogramm, das in Sachsen noch dazu abgewürgt wurde.

### 2.3.7. Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs)

Mit den so genannten 1-Euro-Jobs wurde seit Anfang 2005 eine neue Beschäftigungsform für Langzeitarbeitslose eingeführt, die von Anfang an umstritten war, weil sie sich als volkswirtschaftlich nicht tragbar erwies, teilweise reguläre Arbeitsplätze vernichtete und noch weniger eine Brücke

zum ersten Arbeitsmarkt als die ABM war. Außerdem wirkten gerade diese 1-Euro-Jobs letztlich als Instrument des Drucks auf die Löhne insgesamt.

**Tabelle 10**

**Personen mit 1-Euro-Job <sup>(20)</sup>**

Jahr	Anzahl
2005	87.000
2006	66.000
2007	57.000

Erinnert sei daran, dass die Personen mit diesen Arbeitsgelegenheiten aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Da es sich aber um keine regulären Jobs handelt, ist die Zahl der 1-Euro-Jober definitiv der ausgewiesenen Arbeitslosenzahl hinzu zu rechnen.

**2.3.8. Kurzarbeit**

Zur Dämpfung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde seit 2008 auch in Sachsen verstärkt zu Kurzarbeit übergegangen, nachdem der Bund entsprechende Regelungen verändert hatte.

**Tabelle 11**

**Personen in Kurzarbeit in Sachsen <sup>(21)</sup>**

Monat/Jahr	Personen
Okt. 2007	661
Dez. 2007	11.394
Okt. 2008	2.258
Dez. 2008	24.174
Feb. 2009	36.000
Dez. 2009	17.211

Der vorläufige Höhepunkt der Kurzarbeit wurde mit fast 36.000 Personen im Februar 2009 erreicht. Natürlich können Kurzarbeiter nicht ohne weiteres als versteckte Arbeitslose gerechnet werden, weil nur ein Teil der Betroffe-

nen auf Kurzarbeit Null gesetzt wurde. Rechnet man die Angaben jedoch auf Vollzeitstellen um, so waren es im Dezember 2008 etwas mehr als 6.000 und im Februar 2009 immerhin mehr als 25.000. Zumindest um diesen Wert müsste die Gesamtzahl der Arbeitslosen aufgestockt werden.<sup>(22)</sup> Nicht vergessen werden darf, dass Kurzarbeit für die Betroffenen zu nicht unbeträchtlichen Lohneinbußen führt und nicht ausgeschlossen werden kann, dass viele nach Auslaufen der staatlichen Förderung ihren Arbeitsplatz verlieren.

### 2.3.9. Leiharbeit

Die so genannte Leiharbeit, auch als Zeitarbeit bezeichnet, hat nur bedingt Auswirkungen auf die Arbeitslosenstatistik, sehr wohl aber auf die Arbeitnehmerschaft insgesamt. Sie führt zu Beschäftigten erster und zweiter Klasse und wirkt zugleich disziplinierend auf die Stammebelegschaften der Unternehmen. Leiharbeit gab es auch schon vor der Verkündung der Agenda 2010; allerdings war diese mit erheblichen gesetzlichen Einschränkungen verbunden. So wurde die Überlassungshöchstdauer von 12 auf 24 Monate ausgedehnt. Und der Gleichbehandlungsgrundsatz, gegen den allerdings weiterhin verstoßen wurde, galt erst nach 12 Monaten.

**Tabelle 12**  
**Zahl der Leiharbeiter**

Jahr	Zahl in Sachsen	Zahl in der BRD
2004	10.993	389.090
2005	12.559	464.539
2006	18.858	631.076
2007	20.560	721.345
30.6.2008	43.452	718.000

Im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik ist Sachsen das Land der Leiharbeiter. Während sich die Zahl auf Bundesebene etwa verdoppelte, hatten wir in Sachsen einen Anstieg um das Vierfache. Das wirkte sich auch auf den Anteil der Leiharbeiter auf die gesamte Zahl der Beschäftigten aus. Betrug er bundesweit im Januar 2004 noch 1,3 Prozent, waren es Mitte 2008 immerhin schon 2,6 Prozent. In Sachsen belief sich der Anteil 2004 lediglich auf 0,8 Prozent und wuchs bis 2008 auf 3,0 Prozent. Der gesamte geringfügige

Beschäftigungszuwachs bis 2008 ging ausschließlich auf das Konto von Leiharbeitern. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die insgesamt zu einem Beschäftigungsabbau führte, wurden zuerst Leiharbeiter entlassen. Gegenüber Mitte 2008 sank die Zahl der Leiharbeiter bundesweit um 180.000. <sup>(23)</sup>

### **2.3.10. Schwarzarbeit**

Mit den verschiedenen Veränderungen der arbeitsmarktpolitischen Regelungen wollte schon die Schröder-Regierung das Ausmaß der Schwarzarbeit eindämmen. Das ganze Gegenteil ist jedoch eingetreten. Schätzungen zufolge hat Schwarzarbeit in der Bundesrepublik ein jährliches Ausmaß von 350 Milliarden Euro. Genaue Berechnungen sind freilich nicht möglich. Angaben gibt es ohnehin erst seit 2004, die allerdings auch nur auf Trends hinweisen.

Für Sachsen ergibt sich daraus Folgendes:

- Wurden 2005 noch 573.000 Euro Steuern nachgefordert, so waren es 2009 (bis November) bereits 1,7 Millionen Euro.
- Gerichtsurteile wegen Verstoßes gegen das Schwarzarbeitengesetz gab es in Sachsen 2005 lediglich zwei, im Jahr 2008 waren es sieben.
- Gegenüber 2006 hatte sich die Zahl der Beanstandungen wegen nicht gezahlter Beiträge durch die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland von 7.000 auf 14.800 mehr als verdoppelt. Von Oktober 2005 bis November 2008 gab es Nachforderungen in Höhe von 15,3 Millionen Euro und zusätzlich Säumniszuschläge von 5,4 Millionen Euro. <sup>(24)</sup>

Selbst wenn diese Angaben recht bruchstückhaft sind und sich daraus keinesfalls das gesamte Ausmaß von Schwarzarbeit für Sachsen ausweisen lässt, bestätigen sie doch von der Tendenz her: In den letzten Jahren hat auch in Sachsen die Schwarzarbeit zugenommen.

### 3. Umsetzung der Hartz-Regelungen

Obwohl die ersten Module der „Hartz-Reformen“ bereits vorher in verbindliche Regelungen umgesetzt wurden, markierte Hartz IV seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar 2005 den entscheidenden Einschnitt mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Bisherige einmalige Hilfeleistungen wurden fast völlig gestrichen und das auf Sozialhilfeniveau basierende Arbeitslosengeld II für Langzeitarbeitslose sowie das Sozialgeld für nicht Erwerbstätige eingeführt.

Neben den erheblichen Einschnitten in den Lebensalltag der Betroffenen wurden offizielle Sprachregelungen eingeführt, die mehr als diskriminierend sind. „Bedarfsgemeinschaft“ statt Familie, „Unterkunft“ statt Wohnung, „Fallmanager“ statt Arbeitsvermittler – das sind nur einige der Sprachentgleisungen.

Im Folgenden soll untersucht werden, was insbesondere Hartz IV für Sachsen und insbesondere für Langzeitarbeitslose gebracht hat.

#### 3.1. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Bis zum Jahr 2004, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten von Hartz IV, hatte sich in Sachsen die Zahl derer, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, kontinuierlich nach oben entwickelt.

Tabelle 13

#### Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Sachsen <sup>(25)</sup>

Jahr	insgesamt	darunter unter 18 Jahren	Anteil an Einwohnern in %	Anteil an unter 18-Jährigen in %
1994	56.386	25.564	1,2	2,8
1997	89.558	35.583	2,0	4,3
2000	110.089	44.111	2,5	6,1
2001	118.415	47.021	2,7	6,8
2002	126.310	48.365	2,9	7,3
2003	133.256	51.058	3,1	8,0
2004	139.944	52.313	3,3	–

Lag die allgemeine Sozialhilfequote in Sachsen 2003 noch geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt, überstieg sie diese bei den unter 18-Jährigen beträchtlich. Schon damals war daher die Kinderarmut in Sachsen höher als im Bundesdurchschnitt.

Der größte Teil der Ende 2004 in Sachsen auf Sozialhilfe Angewiesenen bezog seit Anfang 2005 das neu eingeführte Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Hinzu kam ein beträchtlicher Teil der bisherigen Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosenhilfe, die in dieser Form nur bis Ende 2004 gezahlt wurde.

Die Bundesregierung legte Ende 2004 eine Schätzung darüber vor, mit wie vielen Bedarfsgemeinschaften und Personen zu rechnen sei. Diese Schätzungen lagen völlig daneben und erwiesen sich bestenfalls als unbegründete Hoffnung.

**Tabelle 14**

**Verhältnis von Schätzung und Realität bei den Bedarfsgemeinschaften <sup>(26)</sup>**

Region	Schätzung	Realität Januar 2005	Realität Mai 2005	Abweichung in Prozent
Sachsen	226.651	274.461	283.814	+ 25,2
Ostdeutschland	742.730	-	1.234.997	+ 66,0
Westdeutschland	1.924.086	-	2.238.601	+ 16,3
Deutschland	2.666.815	-	3.473.598	+ 30,0

Bis heute ist kaum erklärbar, weshalb sich die Bundesregierung beim Vorausblick vor allem für die neuen Bundesländer derart geirrt hat. Nicht völlig zu entkräften ist das Argument: Hartz IV war in erster Linie an den Verhältnissen in Westdeutschland orientiert. Das zeigte sich sehr bald auch an den vergleichsweise wesentlich höheren finanziellen Belastungen der Kommunen in Ostdeutschland.

### **3.2. Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder**

Es ist nicht unkompliziert, die statistische Entwicklung der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften nachzuzeichnen, weil es zwischenzeitlich mehrfach Gesetzesänderungen gegeben hat. Daraus erklärt sich zumindest teilweise das zwischenzeitliche Absinken der Anzahl. Aufschlussreicher ist daher in jedem Fall die Zahl der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften. Allerdings wäre de-

ren Wert viel höher, würden auch jene Langzeitarbeitslosen mit gerechnet, die wegen der Einkommenshöhe der jeweiligen Lebenspartner keine finanziellen Leistungen erhielten. Bereits zum Start von Hartz IV wird deren Anteil auf etwa 25 Prozent geschätzt.

**Tabelle 15**

**Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und ihrer Mitglieder <sup>(27)</sup>**

Jahr/Monat	Bedarfsgemeinschaften	Personen in Bedarfsgemeinschaften
Jan. 2005	274.461	490.986
Juni. 2005	307.377	541.921
Dez. 2005	328.745	559.693
Juni 2006	345.210	585.609
Dez. 2006	294.629	538.426
Juni 2007	309.476	567.749
Dez. 2007	297.420	540.493
Juni 2008	296.146	535.925
Sept. 2008	290.242	522.904
Dez. 2008	270.921	479.725

Aufschlussreich ist die Aufschlüsselung des Personenkreises in den sächsischen Bedarfsgemeinschaften.

**Tabelle 16**

**Aufschlüsselung des Personenkreises in sächsischen Bedarfsgemeinschaften <sup>(28)</sup>**

Jahr/Monat	Erwerbsfähige	dar. unter 25	dar. Über 55	Sozialgeldbezieher
Jan. 2005	382.194	74.893	41.993	108.792
Juni2005	425.555	90.938	45.356	111.044
Dez. 2005	440.784	99.997	48.129	118.909
Juni 2006	461.458	104.213	52.557	124.151
Dez. 2006	420.444	82.712	53.974	-
Dez. 2008	371.091	62.635	61.415	108.634

Der Rückgang der Personen in der Altersgruppe bis 25 Jahre ergibt sich vor allem daraus, dass per 1. August 2006 die noch bei den Eltern wohnenden Langzeitarbeitslosen keine eigene Bedarfsgemeinschaft mehr waren und jeglichen Leistungsanspruch verloren, wenn das Einkommen der Eltern den Bedarf der Gesamtfamilie überstieg.

### 3.3. Alleinerziehende

Zu den Personengruppen, die besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, gehören Alleinerziehende.

Tabelle 17

#### Alleinerziehende erwerbsfähige Bezieher von Arbeitslosengeld II in Sachsen <sup>(29)</sup>

Kreis/Stadt	Dez. 2005	Dez. 2006	Dez. 2007	Juli 2008
Chemnitz	2.897	3.077	3.090	3.043
Plauen	862	956	927	955
Zwickau	1.143	1.192	1.196	1.185
Annaberg	699	740	707	700
Chemnitzer Land	1.165	1.211	1.218	1.214
Freiberg	1.202	1.275	1.221	1.223
Vogtlandkreis	1.381	1.444	1.488	1.498
Mittl. Erzgebirgskr.	624	650	622	625
Mittweida	1.025	1.051	1.107	1.082
Stollberg	634	668	639	626
Aue-Schwarzenb.	1.324	1.382	1.315	1.318
Zwickauer Land	996	1.095	1.086	1.066
Dresden	5.033	5.405	5.598	5.669
Görlitz	939	948	932	932
Hoyerswerda	633	648	619	604
NOL	963	1.000	934	922
Riesa-Großenhain	1.158	1.232	1.203	1.201
Sächsische Schweiz	1.238	1.358	1.349	1 350

Kreis/Stadt	Dez. 2005	Dez. 2006	Dez. 2007	Juli 2008
Weißeritzkreis	961	1.057	990	1.006
Leipzig	7.373	7.557	7.526	7.573
Delitzsch	1.395	1.452	1.467	1.443
Leipziger Land	1.378	1.454	1.401	1.361
Torgau-Oschatz	1.000	1.067	979	1.002
Döbeln	972	861	668	651
Meißen	698	-	1.233	1.255
Löbau-Zittau	-	1.371	1.343	1.361
Muldentalkreis	535	1.101	1.047	1.056
Kamenz	-	1.200	1.181	1.126
Bautzen	-	1.275	1.282	1.289

Auffällig ist, dass die Zahl der betroffenen Alleinerziehenden während dieses Zeitraums auf hohem Niveau verharrte. Das dürfte dafür sprechen, dass dieser Personenkreis kaum die Chance hat, der Langzeitarbeitslosigkeit und damit der Armutskarriere zu entkommen. Etwa 95 Prozent der auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Alleinerziehenden waren Frauen. Das stützt zugleich die These, dass Frauen von Hartz IV wesentlich stärker als Männer betroffen sind. Mehr als 40 Prozent der Alleinerziehenden in Sachsen waren auf Arbeitslosengeld II angewiesen und lebten damit auf Sozialhilfeniveau.

### 3.4. Aufstocker

Ein beträchtlicher Teil von Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen, sind auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen. So hat sich in der Bundesrepublik die Zahl derer, die trotz sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, verzehnfacht. Dieser Niedriglohnsektor belastet die öffentlichen Haushalte jährlich um vier Milliarden Euro. Immer mehr Menschen, die arbeitslos werden, fallen sofort in das Arbeitslosengeld II. Im ersten Halbjahr 2009 entsprach das einem Anteil von 30 Prozent.

Insgesamt sind etwa zwei Drittel der Empfänger des Arbeitslosengeldes I auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. <sup>(30)</sup>

In Sachsen betrug die Zahl der Aufstocker im Mai 2008 nach offiziellen Angaben bereits fast 130.000 Personen. Eigentlich dürfte die Zahl aber bei mindestens 150.000 liegen, da die sechs sächsischen Optionskreise bei dieser Datenerhebung nicht berücksichtigt wurden. Das entsprach einem Anteil von 31 Prozent an der Gesamtzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II. Fast 68.000 von ihnen hatten einen Minijob mit einem monatlichen Einkommen von unter 400 Euro, 21.000 zwischen 400 und 800 Euro und reichlich 40.000 von mehr als 800 Euro. Fast 13.000 Aufstocker waren Selbständige. Im Vergleich zum Mai 2006 war die Zahl der sächsischen Aufstocker innerhalb von nur zwei Jahren beträchtlich gewachsen. Damals waren lediglich 51.000 Beschäftigte auf ergänzende Leistungen angewiesen. <sup>(31)</sup>

Sowohl die Angaben für die gesamte Bundesrepublik als auch für Sachsen belegen: Die Umsetzung der Hartz-IV-Regelungen hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen trotz beruflicher Tätigkeit vom dabei erzielten Einkommen nicht existieren können. Arbeitgeber, die derart niedrige Löhne zahlen, spekulieren bewusst auf die Alimentierung durch die öffentliche Hand und nehmen damit den Staat, der dies allerdings durch die Gesetzeslage erst ermöglicht hat, in Mithaftung. Letztlich ist dies nichts anderes als der umstrittene so genannte Kombilohn. Aus dieser Misere gibt es nur dann ein Entrinnen, wenn es endlich zum flächendeckenden, armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn kommt.

### **3.5. Sanktionen**

Seitdem Hartz IV in Kraft ist, gab es immer wieder Kampagnen, meist von Kräften aus dem konservativen und neoliberalen Lager gegen Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Den vorläufigen Höhepunkt in dieser Reihe markierte FDP-Chef Westerwelle. Arbeit und Leistung, so Westerwelle, müsse sich endlich wieder auszahlen. Langzeitarbeitslose dürften nicht besser gestellt sein als jene, die im Erwerbsleben stehen. Ganz abgesehen davon, dass der FDP-Chef auf dem Rücken von sozial Benachteiligten bewusst Klientelpolitik betreibt, verfälscht er bewusst die Tatsachen.

Da Westerwelle auch in der sächsischen Regierungskoalition treue Vasallen hat, sei klar gestellt: Die Staatsregierung verfügt trotz mehrfacher Nachfrage kaum über Datenmaterial, mit dem sich etwa ein Missbrauch von Hartz IV durch die Betroffenen belegen ließe. Der Personenkreis, der angebotene Arbeit ablehnt, bewegt sich in Sachsen bei maximal zwei Prozent. Die

übergroße Mehrheit würde gern arbeiten, erhält aber wegen des Mangels an Arbeitsplätzen kein Angebot. Und nicht alle verhängten Sanktionen sind von vornherein damit zu begründen, dass die Betroffenen bewusst gegen Auflagen verstoßen haben. Angesichts des Regelungschaos ist es nicht selten Unwissen, das dann Sanktionen nach sich zieht.

In Sachsen soll es im ersten Halbjahr 2009 etwa 8.000 Missbrauchsfälle gegeben haben. Das waren sogar 1.100 weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres zuvor. <sup>(32)</sup>

## 4. Einkommens- und Armutsentwicklung

### 4.1. Einkommen der Erwerbstätigen

Die Umsetzung der Agenda 2010 hat sich selbstverständlich auch auf die Lebenslage, insbesondere die Einkommensverhältnisse, ausgewirkt. Obwohl es schwierig ist, dies konkret darzustellen, weil die Datenlage sehr differenziert ist und sich überdies meist auf Privathaushalte und nicht auf Einzelpersonen bezieht, soll dennoch ein Analyseversuch unternommen werden.

**Tabelle 18**  
**Jahresverdienst je Arbeitnehmer in Sachsen in Euro**

Jahr	Bruttolohn je Arbeitnehmer
2003	21.047
2004	21.243
2005	21.328
2006	21.526
2007	22.061
2008	22.565

Die Bruttolöhne hatten sich in diesen Jahren in Sachsen um 6,7 Prozent erhöht. Im Vergleich zum Jahr 2000 betrug die Steigerung 11 Prozent. <sup>(33)</sup>

Ein Vergleich der Bruttolöhne und -gehälter zwischen den Bundesländern verdeutlicht den nach wie vor erheblichen Abstand der neuen, darunter Sachsen, zu den alten Bundesländern.

Tabelle 19

**Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Euro im Bundesvergleich <sup>(34)</sup>**

Bundesland	2007	2008
Baden-Württemberg	29.617	30.187
Bayern	28.401	29.126
Berlin	26.776	27.207
Brandenburg	22.213	22.831
Bremen	27.605	28.785
Hamburg	31.506	32.546
Hessen	29.920	30.772
Meck.-Vorpommern	20.773	21.631
Niedersachsen	25.683	26.498
NRW	27.645	28.126
Rheinland-Pfalz	26.265	26.963
Saarland	26.497	27.253
Sachsen	21.891	22.565
Sachsen-Anhalt	21.569	22.257
Schleswig-Holstein	24.769	25.065
Thüringen	21.508	22.175
BRD gesamt	27.083	27.754

Im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt lagen die Bruttolöhne in Sachsen 2008 um ein Fünftel niedriger. Gegenüber 2005 hatte sich dieser Abstand nicht verringert, eventuell sogar leicht vergrößert. Von einem Aufholprozess kann daher keine Rede sein. Verglichen mit den alten Bundesländern lag der sächsische Bruttolohn lediglich bei 78,5 Prozent. Insgesamt lag Sachsen im Bundesvergleich an 13. Stelle, war damit auch nicht Spitzenreiter in Ostdeutschland. Neben dem Mangel an Arbeitsplätzen bleibt damit der Abstand der Löhne und Gehälter wichtigster Grund für die nach wie vor anhaltende Abwanderung aus Sachsen. <sup>(34)</sup>

Für die jeweilige Lebenslage ist natürlich die Entwicklung des verfügbaren Einkommens wichtiger.

**Tabelle 20**

**Verfügbares Einkommen je Einwohner in Euro**

Bundesland	2002	2004	2006	2007
Sachsen	14.367	14.878	14.949	15.291
BRD gesamt	16.552	17.544	18.135	18.411
Alte Länder	18.309	18.991	19.242	—

Für Sachsen ergab sich in diesem Zeitraum eine Steigerung um 6,0 Prozent, für die Bundesrepublik insgesamt hingegen 10 Prozent. Dieser Vergleich belegt, dass sich der Abstand insbesondere gegenüber den alten Bundesländern sogar weiter vergrößert hat. Das dürfte ein Beleg dafür sein, dass die Abgabenlast für die Arbeitnehmer in Sachsen höher war als im gesamten Bundesgebiet. <sup>(35)</sup>

**4.2. Verbraucherpreise**

Die Statistik über das verfügbare Einkommen sagt noch nichts über den Lebensstandard oder die Kaufkraftentwicklung aus. Dazu bedarf es des Vergleiches mit den Verbraucherpreisen. Erst damit erschließt sich, ob es zum Anstieg oder zum Absinken des Realeinkommens gekommen ist.

**Tabelle 21**

**Verbraucherpreise im Freistaat Sachsen im Jahresdurchschnitt**

Jahr	Steigerung zum Vorjahr in Prozent
1998	1,0
1999	0,3
2000	1,5
2001	1,8
2002	0,9
2003	0,8
2004	1,5

Jahr	Steigerung zum Vorjahr in Prozent
2005	2,2
2006	2,1
2007	3,1
2008	1,3
2009	0,7

Von 2000 bis 2005 waren die Verbraucherpreise um insgesamt neun Prozent gestiegen. Ein gleicher Anstieg ergab sich noch einmal, bezogen auf das Ausgangsjahr 2005, bis Ende 2009. Wenn wir diese Steigerungsraten ins Verhältnis zu den in Tabelle 20 ausgewiesenen Steigerungen des verfügbaren Einkommens setzen, ergibt sich im Saldo für Sachsen seit 2002 ein realer Einkommensverlust für alle Einwohner von sechs Prozent. Damit wird belegt: **In Umsetzung der Agenda 2010 kam es für Sachsen insgesamt zu einer Verschlechterung des Lebensstandards.** Dieser Durchschnittswert abstrahiert allerdings davon, dass Menschen mit hohen und höheren Einkommen natürlich weniger von diesen Einschnitten als solche mit niedrigen Einkünften betroffen waren. Hinzu kommt, dass für jene Personengruppe, die sich nur das Lebensnotwendigste kaufen kann, die Einbußen in der Regel noch dramatischer waren, weil es beispielsweise bei technischen Konsumgütern sogar zu Preissenkungen kam, die sich dann natürlich auf den gesamten Verbraucherpreisindex auswirkten. <sup>(36)</sup>

Wenn es seit 2009 zu einer Abflachung der Steigerungsrate der Verbraucherpreise kam, sollte man daraus nicht voreilige Schlüsse ziehen. Hier dürfte es sich lediglich um eine Episode handeln, zumal bei der Bewältigung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise künftig wieder mit einer wesentlich höheren Inflationsrate gerechnet werden muss.

### 4.3. Renten

Das spezielle Eingehen auf die Personengruppe der Rentner ist deshalb geboten, weil im Zeitraum seit 2003 mehrere Nullrunden verhängt wurden, woraus sich im Vergleich zur gesamten Bevölkerung ein höherer Einkommensverlust ergibt. Da in Sachsen die überwiegende Zahl der Älteren ihre alleinigen Einkünfte aus Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung erhält, soll nachstehend aufgelistet werden, welche Rentenentwicklung es in den letzten Jahren gegeben hat.

Tabelle 22

**Rentensteigerung in Deutschland in Prozent** <sup>(37)</sup>

Jahr	Ost	West
1998	0,89	0,44
1999	2,79	1,34
2000	0,60	0,60
2001	2,11	1,91
2002	2,89	2,16
2003	1,19	104
2004	0	0
2005	0	0
2006	0	0
2007	0,54	0,54
2008	1,10	1,10
2009	3,38	2,41

Aus dem Vergleich mit der Preissteigerungsrate ergibt sich im Zeitraum von 2003 bis 2009 ein realer Rentenverlust von etwa acht Prozent. Hinzu kommen weitere Faktoren, die zur weiteren Senkung des realen Rentenniveaus führten. So müssen Rentner ab 1. April 2004 den Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung allein aufbringen. Ohne dass sich dies genau beziffern ließe, fallen die im Rahmen der so genannten Gesundheitsreformen seit Anfang 2004 entstandenen zusätzlichen Aufwendungen wegen erhöhter Zuzahlungen für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie für stationäre Behandlung für Ältere stärker als für Jüngere ins Gewicht. Gleiches gilt für die Auswirkungen durch die Ausdünnung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen. **Wird all dies berücksichtigt, entstand zwischen 2003 und 2009 ein realer Rentenverlust von etwa 12 Prozent. Er war damit etwa doppelt so hoch wie der reale Einkommensverlust beim übrigen Teil der Bevölkerung.**

Ohne dass dies hier näher beschrieben werden kann, steht fest: **Die Agenda 2010 hat die Rentnergeneration überdurchschnittlich belastet und so wesentlich zum Fortschreiten von Altersarmut beigetragen.** Darüber hinaus gibt es faktisch seit 2003 eine Stagnation bei der Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. Der Abstand verharrt seit Jah-

ren bei etwa 12 Prozent.<sup>(38)</sup> Es ist überhaupt nicht absehbar, wann es endlich zur Renteneinheit in Deutschland kommt. Geht es nach der amtierenden Bundesregierung, würden dafür noch Jahrzehnte vergehen.

Immer mehr Menschen im Ruhestand sind wegen ihrer prekären Einkommenssituation darauf angewiesen, weiterhin einer Beschäftigung nachzugehen.

**Tabelle 23**

**Beschäftigte im Alter von über 65 Jahren in Sachsen <sup>(39)</sup>**

	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		geringfügig Beschäftigte	
	31. 12. 2008	31. 3. 2009	31. 12. 2008	31. 3. 2009
Insgesamt	4.108	4.197	27.563	26.830
Männer	3.039	3.059	15.936	15.464
Frauen	1.069	1.138	11.627	11.366

Für eine weitere Personengruppe haben sich die Renten in den letzten Jahren überhaupt nicht erhöht, nämlich jene, die einen so genannten Auffüllbetrag erhalten. Sie profitieren erst dann von einer Rentensteigerung, wenn dieser Auffüllbetrag abgeschmolzen ist. In Sachsen geht es diesbezüglich immerhin um fast 70.000 Menschen, darunter 6.500 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Weit über 90 Prozent der Rentner mit Auffüllbeträgen sind Frauen.<sup>(40)</sup>

**4.4. Zunahme von Armut**

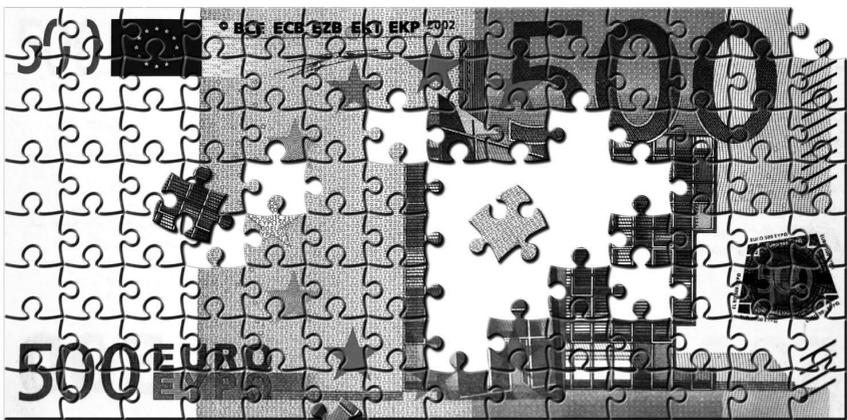
Die Agenda 2010, insbesondere Hartz IV, hat auch in Sachsen zu einem Anstieg des Teiles der Bevölkerung, der als arm gilt, geführt.<sup>(41)</sup> Für die gesamte Bundesrepublik wies der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2003 eine Armutsquote von 13,5 Prozent aus, während sie 1998 noch bei 12,1 Prozent gelegen hatte. Besonders betroffen waren Alleinerziehende mit einer Quote von über 35 Prozent 2003.<sup>(42)</sup>

Sachsen hat sich an der Erstellung der Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung nicht beteiligt und auch kaum Daten geliefert. Die ersten einigermaßen verlässlichen Werte zur Armutssituation im Freistaat gibt es für das Jahr 2005. Sie sind im auf Antrag der damaligen PDS-Fraktion vorgelegten Lebenslagenreport enthalten.<sup>(43)</sup> Für dieses Jahr wird eine Armutsquote von

19,2 Prozent ausgewiesen. Zwei Jahre später, also 2007, war die Armutsquote im Freistaat auf 19,6 Prozent gestiegen. Sie lag damit nicht nur weit über der Gesamtdeutschlands von 14,3 Prozent, sondern auch geringfügig über dem Wert der ostdeutschen Bundesländer. Damit nahm Sachsen unter allen Bundesländern den drittletzten Platz ein und lag lediglich noch vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Anhalt – ein Armutszeugnis für den Freistaat als das nach wie vor wirtschaftsstärkste Ostdeutsche Bundesland.<sup>(44)</sup>

Ohne dass für Sachsen ganz aktuelle Daten, etwa für das Jahr 2009, vorliegen, kann davon ausgegangen werden, dass die Armutsquote keinesfalls rückläufig war, sondern eher weiter angestiegen ist. **Somit gilt jeder fünfte Einwohner im Freistaat als arm. Bei Alleinerziehenden liegt die Quote über 40 Prozent und bei Kindern nähert sie sich der 30-Prozent-Marke.** Schon 2007 lebten 24 Prozent der unter 15-Jährigen in einer Hartz-IV-Familie. Der Bezug von Sozialleistungen markiert aber nicht die Grenze zur Armut. Einbezogen werden müssen auch Haushalte, deren Einkommen höher ist.

Welche Haltung zur Armutssituation in Sachsen auch die neue Koalitionsregierung einnimmt, offenbarte sie jüngst in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage. Sie sei nicht bereit, die jüngsten statistischen Angaben zu bewerten oder gar Schlussfolgerungen zu ziehen.<sup>(45)</sup> Damit setzt sie den bisherigen Regierungskurs, Armut zu unterschätzen, nicht nur fort, sondern verschärft ihn weiter. Sie ist nach wie vor nicht bereit, ein lange überfälliges Armutsbekämpfungskonzept vorzulegen. Die Koalition verweigerte sich sogar der Aufforderung, eine neue Analyse zu den Lebenslagen in Sachsen erarbeiten zu lassen, indem sie einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion ablehnte.<sup>(46)</sup>



## 5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Bilanz der Umsetzung der Agenda 2010 fällt für den Freistaat Sachsen negativ aus. Keines der dringenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Probleme wurde gelöst. Ganz im Gegenteil: Die Situation hat sich im Vergleich zu der vor sieben Jahren weiter verschärft. Insofern beschreibt der Titel der vorliegenden Abhandlung „Sieben verlorene Jahre“ in Kurzform die Ergebnisse am Ende des im März 2003 von Gerhard Schröder vorgegebenen Zeithorizonts.

Diese generelle Bewertung lässt sich mit den nachfolgenden Punkten untersetzen:

1. Die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen ging seit 1989 um mehr als eine halbe Million zurück. Das war einerseits mit erheblichen Substanzverlusten verbunden, die sich nicht wieder ausgleichen lassen. Andererseits wurde damit der sächsische Arbeitsmarkt in historisch nicht vergleichbarer Weise „entlastet“. Selbst wenn es zwischenzeitlich zu konjunkturellen Erholungsphasen gekommen ist, verbieten sich jegliche Erfolgsmeldungen.
2. Zwischen 2003 und 2008 verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen um 30.000. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise dürfte sich dieser Trend noch verstärken.
3. Der Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosen ist bestenfalls von statistischem Wert. Durch zahlreiche Datenmanipulationen wird das wirkliche Ausmaß von Arbeitslosigkeit verfälscht. Ohne dass sich aufgrund der nicht quantifizierbaren Dunkelziffer die reale Arbeitslosigkeit bis auf die letzte Kommastelle ermitteln lässt, liegt sie gegenwärtig um mindestens 30 Prozent über dem offiziellen statistischen Angaben, damit bei etwa 450.000. In Sachsen fehlen daher aktuell mindestens 100.000 Arbeitsplätze.
4. Sachsens Bevölkerung ist seit 1989, vor allem durch Wanderungsverluste vornehmlich zu Gunsten der alten Bundesländer um 720.000 zurückgegangen; 156.000 Personen entfallen auf den Abschnitt zwischen 2002 und 2008. Nimmt man das Jahr 1981 zum Ausgangspunkt, dann beläuft sich der Bevölkerungsabgang sogar auf etwa eine Million. Sachsen ist gegenwärtig hinsichtlich seiner Einwohnerzahl auf das Jahr 1900 zurückgefallen.

5. Die Abwanderung vor allem junger Menschen hat wesentlich zur Anhebung des Altersdurchschnitts der sächsischen Bevölkerung geführt. In knapp zwei Jahrzehnten stieg er um 6,3 Jahre. Mit einem Durchschnittsalter von aktuell 46 Jahren ist Sachsen neben Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der durchschnittlich ältesten Einwohnerschaft.
6. Vor allem gegenüber den alten Bundesländern weist Sachsen ein negatives Pendlersaldo bei Erwerbstätigen aus. Im Jahr 2008 betrug das Minus 44.500 Personen, die damit den sächsischen Arbeitsmarkt nicht „belasteten“. Manche dieser Auspendler, das zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, könnten früher oder später auch ihren Wohnsitz an den Arbeitsort verlagern.
7. Sachsen ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil von Minijobs und Teilzeitarbeit. Gegenüber 2003 wuchs die Zahl der Minijobs bis 2008 um 23.000 und erreichte damit fast eine Viertelmillion. Der Anteil der Mini-Jobber an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 2008 bei 14,3 Prozent. Daneben verharrt die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit 211.000 im Jahr 2008 auf hohem Niveau.
8. Bezüglich der Beschäftigten im Niedriglohnssektor ist Sachsen Spitzenreiter. Legt man, wie das in einem Land üblich ist, die bundesweite Grenze zum Niedriglohn von 9,17 Euro (2008) an, dann liegen mehr als 40 Prozent der Beschäftigten in Sachsen darunter, während es in den alten Bundesländern nicht einmal 20 Prozent sind.
9. Ebenfalls zur „Entlastung“ des Arbeitsmarktes und damit zur Schönung der Statistik hat beigetragen, dass zwischen 2003 und 2007 in Sachsen fast 170.000 Erwerbstätige vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Altersrente gingen – die meisten unter Inkaufnahme dauerhafter Rentenabschlüsse.
10. Durch ABM, 1-Euro-Jobs und Kurzarbeit wurde die Arbeitslosenstatistik erheblich verfälscht. 2007 betraf das 16.000 Personen in ABM und 57.000 in einem 1-Euro-Job. Mit 36.000 Beschäftigten in Kurzarbeit wurde im Februar 2009 der bislang höchste Wert erreicht. Sachsen war auch das Land mit überdurchschnittlich vielen Leiharbeitern. Mitte 2008 belief sich deren Zahl auf mehr als 43.000.
11. Die Absicht, mit der Einführung von Hartz IV insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen spürbar zu senken, ist in Sachsen nicht verwirklicht

worden. Gegenwärtig gibt es im Freistaat Sachsen mehr als 500.000 Personen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld haben, ebenso viele wie bei Inkrafttreten von Hartz IV im Januar 2005. Hinzu kommen noch etwa 100.000, die wegen der Einkommensverhältnisse ihrer Bedarfsgemeinschaft keine finanziellen Leistungen erhalten.

12. Etwa 150.000 Personen waren in Sachsen Mitte 2008 so genannte Aufstocker. Zwei Jahre zuvor waren es „nur“ noch bei reichlich 50.000. Damit waren mehr als ein Drittel der Bezieher von Arbeitslosengeld II Aufstocker. Fast 68.000 hatten einen Minijob, 60.000 waren teil- oder sogar vollzeit Beschäftigte und ca. 13.000 Selbständige.
13. Hinsichtlich der Einkommensentwicklung gab es in den letzten sieben Jahren für die sächsische Bevölkerung keinen Aufholprozess gegenüber den alten Bundesländern. Bezüglich des verfügbaren Einkommens wurde der Abstand sogar geringfügig größer. Die Realeinkommen gingen unter Berücksichtigung der Steigerungsraten bei den Verbraucherpreisen in Sachsen seit 2002 um fünf bis sechs Prozent zurück. Bei Rentnern betrug der reale Einkommensverlust sogar ca. 12 Prozent.
14. Die zuletzt für Sachsen ausgewiesene Armutsquote lag 2008 bei 19,6 Prozent, während sie für die gesamte Bundesrepublik mit 14,2 Prozent beziffert wurde. Die sächsische Armutsquote lag sogar leicht über der der neuen Bundesländer. Es ist nicht übertrieben, wenn wir für Sachsen von einer aktuellen Armutsquote von 20 Prozent ausgehen. Bei Alleinerziehenden liegt sie über 40 Prozent, bei Kindern bis zum 15. Lebensjahr nähert sie sich der 30-Prozent-Marke.

Für das laufende Jahr ist nicht damit zu rechnen, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Im Gegenteil. Wenngleich es Unterschiede in den Voraussagen gibt, sind sich alle darin einig: Die Zahl der Arbeitslosen wird sowohl bundesweit als auch in Sachsen weiter steigen. So stellt sich die Frage, wie lange etwa die Kurzarbeiterregelungen den Anstieg der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit dämpfen können oder ob es doch zu vermehrten Entlassungen kommen wird. Ebenfalls unklar ist, zu welchen Neuregelungen es in Umsetzung der beiden Hartz IV betreffenden Urteile des Bundesverfassungsgerichtes kommen wird.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag bedarf es endlich wirklicher Reformen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wir bleiben bei unserem Grundsatz: Hartz IV ist nicht reformierbar, sondern gehört abgeschafft.

**Im Einzelnen laufen unsere Vorstellungen auf Folgendes hinaus:**

- Landesprogramm zur Schaffung neuer Existenz sichernder Arbeitsplätze.
- Ersetzung der 1-Euro-Jobs durch öffentlich geförderte Beschäftigung oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.
- Betreuung und Vermittlung aller Arbeitslosen aus einer Hand durch die Bundesagentur für Arbeit, um so endlich den Zustand von Arbeitslosen erster und zweiter Klasse zu überwinden.
- Entlastung der Kommunen durch Übernahme sämtlicher Ausgaben für Arbeitslose (also auch der Kosten der Unterkunft) durch den Bund.
- Anhebung des Regelsatzes für Langzeitarbeitslose auf mittelfristig monatlich 500 Euro.
- Einführung einer Kindergrundsicherung von monatlich 500 Euro.
- Abschaffung des Konstrukts der Bedarfsgemeinschaft und Übergang zur Individualveranlagung.

Zu all diesen Forderungen hat die Linksfraktion in den letzten Jahren entsprechende Anträge in den Landtag eingebracht. Diese sind aber nur dann realisierbar, wenn es endlich zu einer gerechten Steuerreform kommt, anstatt weiterhin vor allem Reiche zu begünstigen.

# Anmerkungen

- 1 Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda.
- 4 Vgl. junge Welt, 6. 1. 2010.
- 5 Zum Gesamtproblem Alterssicherung vgl. u. a.: Dietmar Pellmann: Altersarmut auf dem Vormarsch. Situation und Perspektive älterer Menschen in Sachsen. Hrsg. Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2009; Ders.: Die Rente geht uns alle an. ABC zur Rentenpolitik. Positionen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und im Sächsischen Landtag. Hrsg. Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2008.
- 6 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen..
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda.
- 9 Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen in Sachsen. Hrsg. Bundesagentur für Arbeit Dezember 2009.
- 10 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.
- 11 Ebenda.
- 12 Ebenda.
- 13 Vg. Neues Deutschland, 17. 12. 2009.
- 14 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/10464; Presseerklärung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 7. Juli 2006.
- 15 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen; 5 Jahre Hartz IV – keine Erfolgsstory. In: Arbeitsmarkt aktuell, Nr. 9, Dezember 2009. Hrsg. DGB-Bundesvorstand.
- 16 Vgl. Niedriglohn in Sachsen... gibt's den? Hrsg. DGB-Bezirk Sachsen, Dresden 2009.
- 17 Vgl. D. Pellmann: Altersarmut auf dem Vormarsch. Hrsg. Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2009; Drucksache des Sächsischen Landtages 4/12671.
- 18 Leipziger Volkszeitung vom 18. Juli 2009.
- 19 Vgl. Drucksachen des Sächsischen Landtages 4/2010; 4/2011; 4/10671
- 20 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/10671.
- 21 Ebenda.
- 22 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/14323; Bundesagentur für Arbeit, vorläufige Angaben, 8. Januar 2010.
- 23 Vgl. Leiharbeit: Wichtige Eckdaten. Stand 31. 12. 2007. Hrsg. DGB-Bezirk Sachsen; Zeitarbeit. Aktuelle Entwicklungen. Arbeitsmarktberichterstattung – Januar 2010.

- Hrsg. Bundesagentur für Arbeit; Süddeutsche Zeitung, 14. 1. 2010; FAZ, 14. 1. 2010; Drucksachen des Sächsischen Landtages 4/9237; 4/ 14323.
- 24 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 5/1211.
- 25 Vgl. Pressemitteilungen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 28. Dezember 2004 und vom 11. Juli 2005.
- 26 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/0886.
- 27 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/8249; 4/ 14551.
- 28 Vgl. Ebenda.
- 29 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/13690.
- 30 Vgl. junge Welt, 15. 7. 2009; Leipziger Volkszeitung, 22. 6. 2009;
- 31 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 4/14265.
- 32 Vgl. zu diesem Abschnitt die ausführliche Darstellung:  
D. Pellmann: Altersarmut auf dem Vormarsch...a.a.O.
- 33 Vgl. Presseerklärungen des Landesamtes für Statistik des Freistaates Sachsen vom 11. Februar 2008 und vom 4. August 2009.
- 34 Vgl. Presseerklärungen des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 31. März 2008 und vom 30. März 2009.
- 32 Vgl. Freie Presse vom 27. November 2009 und Neues Deutschland vom 2. Dezember 2009.
- 33 Vgl. Presseerklärungen des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 22. März 2004, vom 3. Juli 2006, vom 25. März 2008 und vom 20. März 2009.
- 36 Vgl. Preisentwicklung im Freistaat Sachsen. Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes Sachsen sowie monatliche Presseerklärungen dieses Landesamtes.
- 37 Vgl. Sächsische Zeitung, 23. April 2008
- 38 Ausführlicher bei D. Pellmann: Reale Rentenverluste und drohende Altersarmut. Hrsg. Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2007 und Ders.: Altersarmut auf dem Vormarsch, a. a. O.
- 39 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages, 5/620.
- 40 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages, 5/619.
- 41 Vgl. A. Hahn/D. Pellmann: Armut in Sachsen. Die Situation, das Versagen der Staatsregierung und die Alternativen der Linksfraktion. Thesen. Hrsg. Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2007.
- 42 Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 3. März 2005.
- 43 Vgl. Sozialbericht 2006. Lebenslagen in Sachsen, Dresden 2008.
- 44 Vgl. Armutsatlas Sachsen. Paritätische Forschungsstelle 2009; DIW Berlin. Armutsrisiko steigt. Pressemitteilung vom 18. Februar 2010.
- 45 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 5/946.
- 46 Vgl. Drucksache des Sächsischen Landtages 5/700.

## **Impressum**

Stand: März 2010  
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Autor: MdL Dr. Dietmar Pellmann, Sozialpolitischer Sprecher  
Redaktion: Elke Fahr  
Gestaltung: Carola Müller  
Foto S.22: Maik Blume © www.fotolia.de

### **Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag**

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460  
E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
<http://linksfraktion-sachsen.de>

*Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.*

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)